Änderung der Satzung der Verwaltungsgemeinschaft Sinsheim-Angelbachtal-Zuzenhausen über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen

Vorlage zur Sitzung des **Gemeinsamen Ausschusses am 24.02.2010**

TOP 1 **öffentlich**

Vorschlag:

Der Gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung der Verwaltungsgemeinschaft Sinsheim-Angelbachtal-Zuzenhausen über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) in der als Anlage beigefügten Fassung.

Sachverhalt, Begründung, Finanzierung und Folgekosten:

Am 29.03.2007 hat der Gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft nach einer Gesetzesänderung erstmals die Gebühren der unteren Verwaltungsbehörden in eigener Zuständigkeit festgesetzt.

Zum 01.03.2010 tritt nun die neue Landesbauordnung (LBO) in Kraft. Hauptziel der Novellierung sind verfahrensmäßige Erleichterungen sowie, damit verbunden, eine Reduzierung der festzusetzenden Baugenehmigungsgebühren.

Hierzu wurden in der Verordnung unnötige Standards abgebaut und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Genehmigungsverfahren durch Straffung und Fristverkürzungen beschleunigt werden.

Mit diesem maßvollen Abbau staatlicher Kontrolle geht eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Bauherrschaft hinsichtlich der Rechtmäßigkeit ihres Vorhabens einher.

Das Gesetz sieht insbesondere die Einführung eines „vereinfachten Genehmigungsverfahrens“ (§ 52 LBO) als drittes Verfahren neben dem „normalen Baugenehmigungsverfahren“ und dem „Kenntnisgabeverfahren“ vor.

Das neue Verfahren weist gegenüber dem normalen Baugenehmigungsverfahren einen reduzierten Prüfungsumfang auf, da von der Baurechtsbehörde grundsätzlich nur noch die planungsrechtliche Zulässigkeit der Baumaßnahme und die Einhaltung der Abstandsflächen zu prüfen sind. Die Bauherrschaft kann nun auf der Grundlage der neuen Rechtslage zwischen diesem, dem umfassenderen und in der Regel mit höheren Gebühren verbundenen normalen Baugenehmigungsverfahren sowie dem Kenntnisgabeverfahren wählen.

Diesem Sachverhalt ist mit der Einführung des neuen Gebührentatbestandes in der Verwaltungsgebührensatzung der Verwaltungsgemeinschaft Rechnung zu tragen. Im Gebührenverzeichnis wurde deshalb unter dem Punkt 5.2 das „vereinfachte Baugenehmigungsverfahren“ auf der Grundlage des § 52 LBO eingefügt.

Die erforderliche Änderung ist in der Anlage zur Änderungssatzung (Gebührenverzeichnis) grau unterlegt.

(Rolf Geinert)
Oberbürgermeister